



An der Südgrenze ...

Die FPÖ feiert doch noch Erfolge

Die Blauen bringen derzeit nicht viel zusammen, in einem Bereich leisten sie aber Großes: im Vergessenmachen ihrer exklusiven Rolle in der Ibiza-Affäre. Im Ibiza-Untersuchungsausschuss wird über alles geredet, nur nicht über Heinz-Christian

GLOSSE
Alexander Purger

Strache und Johann Gudenus. Das ist ein schöner Erfolg der Freiheitlichen, für den sie sich bei ihren Mit-Oppositionsparteien SPÖ und Neos ruhig einmal bedanken könnten.

Einen noch schöneren Erfolg feierten die Freiheitlichen am

Samstag. Da vermeldete das ORF-Radio im Stundentakt, dass auf den im Zuge der Ibiza-Ermittlungen beschlagnahmten Mobiltelefonen auch Nachrichten von ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz gefunden wurden. Dass es sich bei diesen Handys unter anderem um jenes des damaligen FPÖ-Vizekanzlers Strache handelte, wurde in den meisten Radionachrichten nicht dazugesagt. Vielmehr entstand der Eindruck, Kurz habe Kontakt mit den Drahtziehern des Ibiza-Videos gehabt. Oder war er gar selbst das oligarchische Lockvögelchen? Mit Perücke? Wie gesagt: ein schöner Erfolg der Freiheitlichen, für den sie sich beim ORF ruhig einmal bedanken könnten.

Angst vor neuen Schulschließungen

In Deutschland mussten gleich nach Schulbeginn mehrere Schulen coronabedingt wieder schließen.

In Österreich möchte Bildungsminister Heinz Faßmann dieser Gefahr mit einem neuen Maßnahmenpaket begegnen.

WIEN. Kaum haben in einzelnen deutschen Bundesländern die Schulen wieder aufgesperrt, mussten zwei Schulen in Mecklenburg-Vorpommern wegen Coronafällen schon wieder schließen. Das soll in Österreich, wo in drei bzw. vier Wochen das neue Schuljahr beginnt, möglichst vermieden werden. Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP) legt dazu am Montag sein Maßnahmenpaket für einen Schulstart „mit weitestgehender Normalität“ vor, wie er ankündigte.

Weitestgehende Normalität heißt: Es wird keine generelle Maskenpflicht im Unterricht geben, sondern allenfalls beim Betreten und Verlassen von Schulgebäude und Klassenzimmer. Mittels Hygienehandbüchern möchte das Ministerium klare Regeln für Händewa-

schen, Desinfektionen und Abstandhalten aufstellen. Tests mit der Gurgelwassermethode sollen in den Schulen vermehrt zum Einsatz kommen und schnellere Ergebnisse liefern. Auch die schon erprobten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronagefahr sollen weiterhin zum Einsatz kommen: kleinere Gruppengrößen durch gestaffelten Schulbetrieb, Turnunterricht möglichst im Freien, Musikunterricht ohne gemeinsames Singen.

Wann welche Maßnahmen ergriffen werden, das hängt auch mit der geplanten Corona-Ampel zusammen, die noch nicht fertig ist. Selbst bei roter Ampel, also bei besonders hohen Infektionsraten in einem Bezirk, soll es aber zu keinen flächendeckenden Schulschließungen kommen, hat Faßmann schon

mehrfach betont. In diesem Fall soll es nur lokale Schulschließungen geben, die mit Distanzunterricht abgedeckt werden sollen.

Weiter betrieben wird die Hilfsplattform weiterlernen.at, hat Faßmann in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung angekündigt. Die Plattform bietet einerseits individuelle Betreuung für Schüler an, die von zu Hause nicht ausreichend Unterstützung bekommen. Andererseits können über die Plattform Computer gespendet werden, die dann nach einer Qualitätskontrolle an bedürftige Schüler weitergegeben werden.

Für Deutschförderklassen wurde die Überprüfung, ob die Unterrichtssprache ausreichend beherrscht wird, auf den Herbst verschoben. Dadurch soll den betref-



Bildungsminister Heinz Faßmann.

BILD: SN/APA/
HELMUT FOHRINGER

fenden Schülern mehr Zeit zum Erwerb der Unterrichtssprache gegeben werden.

Aufgrund der speziellen Corona-situation wird ein Aufsteigen auch mit einem Nicht genügend aus dem Schuljahr 2019/20 erlaubt sein. Damit wird ermöglicht, dass nicht erworbene Kompetenzen im Schuljahr 2020/21 noch ausgeglichen werden können, ohne ein gesamtes Schuljahr wiederholen zu müssen. Bei mehreren Nicht genügend kann die Schul- bzw. Klassenkonferenz

entscheiden, dass ein Aufsteigen in die nächste Schulstufe möglich ist.

Fixiert wurde bereits, dass die erleichterten Coronaregeln für die Matura auch für den Wiederholungstermin im Herbst gelten. Das heißt: nur drei schriftliche Klausuren, eine Stunde mehr Zeit, mündliche Prüfung nur auf Wunsch, Einbeziehung der Jahresnote in die Maturanote zu 50 Prozent.

SPÖ-Bildungssprecherin Sonja Hammerschmid – eine Vorgängerin Faßmanns im Bildungsressort – hat zuletzt verlangt, genügend Geld für einen planbaren Schulherbst in die Hand zu nehmen. Sie regte an, zu Beginn des Schuljahrs an alle Kinder Gurgeltests zu verteilen, um in der Schnupfensaison Erkältungen und Coronafälle leichter auseinanderhalten zu können. **pur**

EINGEKOCHT
Manfred Koch



Traumhafte Festspielvorstellung

*Ich hab eine Festspielvorstellung geseh'n,
Wie ich sie mir lang schon erträumte:
Man sah lauter Männer im Rampenlicht steh'n
Und für ihre unentschuldbaren Vergeh'n
Die Frauen zerknirscht um Vergebung anfleh'n,
Was bisher fast jeder versäumte.*

*Es war'n alle da, die man von #MeToo kennt,
Von Mimen bis Stimmakrobaten,
Vom Großregisseur bis zum Stardirigent',
Sogar ein schon halb toter Filmproduzent ...
Und alle beteuerten ganz vehement,
Es tät ihnen leid, was sie taten.*

*Gleich nach diesem Büßer-Chor hörte man leis
Die Phrasendreschgroßmeister flennen:
Ihr Frau'n, macht uns bitte die Hölle nicht heiß,
Wir reden nie mehr populistischen Scheiß,
Stattdessen gibt's Geld für all die hier im Kreis,
Die wir „Alltagsheldinnen“ nennen.*

*Und kurz darauf fielen sogar plötzlich die
Resttestosteronschubbeknackten
Politiker der Marke Trump beinahe wie
Demütig nicht nur vor den Frau'n auf die Knie –
Da wachte ich auf, denn so was tun die nie!
Wie schad': Alles Vorstellung! Bloß Fantasie!
Ein Traum – weit entfernt von den Fakten ...*

Eine Steuersenkung mit Nebenwirkungen

Coronahilfe: Im September landet die rückwirkende Entlastung auf dem Konto.

INGE BALDINGER

WIEN. Der September wird für alle Steuerzahler – ob erwerbstätig oder in Pension – eine Erleichterung bringen. Denn dann muss sich die von Türkis-Grün auf den Weg gebrachte und vom Nationalrat im Juli einstimmig beschlossene Senkung des Eingangsteuersatzes von 25 auf 20 Prozent bemerkbar machen.

Da es sich um eine rückwirkende Reduktion der Lohn- und Einkommensteuer ab Jahresbeginn handelt, muss – so besagt es das Gesetz – spätestens mit dem September-Bezug entsprechend aufgerollt werden. Und da die Steuerersparnis rund 29 Euro netto monatlich entspricht, sind rund 260 Euro mehr auf dem Konto zu erwarten. Vorausgesetzt, die bisherige Steuerleistung überstieg die erwähnten gut 29 Euro monatlich.

Wer weniger ablieferte, bekommt den bezahlten Betrag zurück und zahlt ab September keine Steuer mehr. Für jene, die so wenig verdienen, dass sie gar keine Lohnsteuer zahlen, und folglich von einer

Steuersenkung nichts haben, gibt es 100 Euro mehr Negativsteuer – die allerdings erst über die nächste Arbeitnehmerveranlagung.

So erfreulich die schnelle coronabedingte Steuererleichterung ist – für die Personalbüros und die Lohnverrechner bedeutet sie nach



BILD: SN/ADOBE STOCK

dem Kraftakt, die Kurzarbeit korrekt abzuwickeln, einen weiteren hohen Administrationsaufwand. Darauf weist Rainer Kraft, Arbeitsrechtsexperte und Geschäftsführer des Vorlagenportals für Arbeitsrecht und Personalverrechnung, im SN-Gespräch hin. Die

Aufrollung an sich sei in Zeiten der Digitalisierung weniger das Problem – abgesehen davon, dass die erforderlichen Lohn-Updates von den Softwareherstellern innerhalb kürzester Zeit programmiert und von den Betrieben unter größtem Zeitdruck umgesetzt werden müssten. „Aufwand ohne Ende“ entstehe aber durch die von der Politik nicht mitbedachten Konsequenzen der rückwirkenden Steuersenkung.

Unzählige Gehalts- und Lohnbestätigungen seien von den Betrieben im Lauf des Jahres ausgestellt worden, etwa für den Bezug von Wochengeld oder um Wohnbeihilfen zu beantragen. Streng genommen müssten nun sämtliche Bestätigungen, auf denen der Nettobezug anzuführen war, korrigiert werden, sagt Kraft.

Auswirkungen habe die rückwirkende Änderung der Lohnsteuer auch auf die Höhe von Unterhaltsleistungen – sie könnte eine Änderung von „womöglich Tausenden Unterhaltsbeschlüssen“ nach sich ziehen. Und im Fall von Gehaltsexekutionen sei das Existenzminimum neu zu berechnen; das, so Kraft, könne zu schwierigen Nachzahlungs- und Rückabwicklungsfragen führen.